



Dr. Dagmar Enkelmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
1. Parlamentarische Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 78 220
☎ (030) 227 – 76 219
✉ dagmar.enkemann@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 18. Januar 2010

Bund muss bei Braunkohlesanierung auch künftig Verantwortung übernehmen

Enkelmann (DIE LINKE): Steigende Kosten dürfen nicht auf Länder und Kommunen abgewälzt werden

„Offenbar will die Bundesregierung sich nach 2012 der lästigen Aufgabe Braunkohlesanierung weitgehend entledigen und nur noch das Notwendigste tun. Verdopplung der Gesamtkosten, steigende Grundwasser-Schäden an tausenden Gebäuden oder regionale Entwicklung der einstigen Kohleregionen – all das interessiert die Bundesregierung offensichtlich nicht“, erklärt Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur heutigen Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Zukunft der Braunkohlesanierung (Drs. 17/306).

Enkelmann weiter: „Die LINKE fordert ganz klar: Der Bund muss auch künftig Verantwortung für die Sanierung übernehmen. Mit dieser sind Länder und Kommunen, die ohnehin große Finanzprobleme haben, überfordert – angesichts der faktischen Verdopplung der für die Zeit nach 2013 geschätzten Sanierungskosten auf eine Milliarde Euro. Dazu kommen bisher noch nicht absehbare Aufwendungen für den Unterhalt der jetzt geschaffenen Infrastruktur. DIE LINKE verlangt zudem, dass der Bund rechtliche Verpflichtungen zur Gefahrenabwehr bei Grundwasseranstieg anerkennt. Auch der Frage, ob die LMBV künftig möglicherweise privatisiert wird, weicht die Bundesregierung aus. Für die LINKE war und ist die Sanierung eine öffentliche Aufgabe. Die einstigen Braunkohleregionen brauchen ein langfristiges und sozial tragfähiges Zukunftskonzept“, betont Enkelmann.

In der Antwort teilt die Bundesregierung weiter mit, dass der Böschungsrutsch in Nachterstedt bis jetzt mit zusätzlichen Kosten von 35 Millionen Euro zu Buche schlage. Gegenwärtig seien 5800 Gebäude aufgrund des Grundwasseranstiegs von Vernässung bedroht.

Anlage: Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage